A7

Antrag

Initiator*innen: Geschäftsführender Ausschuss (dort beschlossen am: 17.03.2026)

Titel: **Kapitel 6: Demokratie leben – Wie Verwaltung Beteiligung und Transparenz ermöglicht**

Antragstext

(Beteiligung, Transparenz, Finanzen, moderne Verwaltung)

1. Warum dieses Thema für unseren Bezirk zentral ist

Xhain ist politisch! Wir haben eine aktive, streitbare und engagierte Zivilgesellschaft, die sich in Initiativen, Parteien, Nachbarschaften, Vereinen und Bewegungen engagiert. Dieses Potential hat unseren Bezirk schon immer geformt und besonders gemacht. Wir Grüne sind die Partner der Zivilgesellschaft. Doch sie trifft zu oft auf eine Verwaltung, die überlastet, kompliziert und für viele Menschen schwer zugänglich ist. Wenn Beteiligung ins Leere läuft und Entscheidungen intransparent bleiben, entsteht Frust – und Vertrauen geht verloren.

Demokratie entscheidet sich nicht nur an Wahlsonntagen, sondern im Alltag: bei Bauvorhaben im Kiez, bei Haushaltsentscheidungen, bei Krisenlagen oder bei der Frage, ob Menschen sich mit ihren Anliegen ernst genommen fühlen. Gerade in einem so vielfältigen Bezirk wie Friedrichshain-Kreuzberg braucht es eine Verwaltung, die demokratische Teilhabe aktiv ermöglicht, transparent handelt und handlungsfähig ist. Eine starke Demokratie braucht eine starke, zugängliche und eigenständige bezirkliche Verwaltung. Wir sehen engagierte Bürger*innen nicht als Störenfriede, sondern als Chance, den Bezirk noch besser zu machen.

2. Unsere Haltung: Verwaltung, die ermöglicht

Demokratie lebt von Vertrauen, Transparenz und echter Beteiligung. Die Verwaltung wird durch demokratische Beteiligung besser. Die Verwaltung muss für die Menschen da sein – verständlich, erreichbar und verlässlich. Wir wollen eine Verwaltung, die nicht verwaltet, sondern ermöglicht: Beteiligung statt Belehrung, Transparenz statt Hinterzimmer, Kooperation statt Abschottung.

Wir stehen für eine starke bezirkliche Selbstverwaltung. Entscheidungen sollen dort getroffen werden, wo die Lebensrealität der Menschen ist: im Bezirk, im Kiez, vor Ort. Weitere Zentralisierung lehnen wir ab. Demokratie wird schwächer, wenn Verantwortung nach oben verschoben wird. Unser Ziel ist eine moderne, resiliente und gemeinwohlorientierte Verwaltung, die demokratische Prozesse stärkt, öffentliche Aufgaben in öffentlicher Hand hält und auch in Krisen handlungsfähig bleibt.

3. Zentrale Herausforderungen im Bezirk

Viele Menschen erleben Verwaltung als schwer erreichbar, langsam oder unverständlich. Informationen sind oft nicht barrierefrei, nicht mehrsprachig oder nur mit Vorwissen auffindbar. Beteiligungsverfahren sind für uns keine Alibi-Formate: Wir wollen, dass die Xhainer*innen mitreden und mitentscheiden. Gutachten, Expertisen oder Entscheidungsgrundlagen sind nicht immer öffentlich zugänglich, obwohl sie die Basis politischer Beschlüsse bilden. Gleichzeitig bekennen wir uns zur Umsetzung von Projekten, welche die Mehrheit der Menschen im Bezirk wollen, wie die Verkehrsberuhigung im Ostkreuz-Kiez oder im Graefekiez.

Gleichzeitig wird die Gestaltungsmacht der Bezirke zunehmend eingeschränkt. Eingriffe des Senats in Bezirksbudgets, unklare Zuständigkeiten und Zentralisierung schwächen die lokale Demokratie. Gute Beteiligungsformate kosten Geld, das im Bezirkshaushalt an vielen Stellen fehlt. Öffentliche Aufgaben wurden ausgelagert, Wissen und Kontrolle gingen verloren. In Krisen – ob Pandemie, Hitze, Stromausfall oder andere Katastrophen – zeigt sich zudem, dass Zuständigkeiten und Ausstattung zwischen Senat und Bezirken nicht ausreichend geklärt sind. Das alles untergräbt Vertrauen und schwächt demokratische Handlungsfähigkeit.

4. Was wir konkret verändern wollen

Bezirkliche Demokratie stärken

Kompetenzen klären: Wir setzen uns für eine klare Kompetenzverteilung zwischen Land und Bezirken ein. Friedrichshain-Kreuzberg braucht mehr Autonomie bei kommunalen Aufgaben und verlässliche Entscheidungsräume. Weitere Zentralisierung

lehnen wir ab. Entscheidungen sollen dort getroffen werden, wo sie auch Wirkung entfalten. Daher wollen wir ein Mehr an bezirklicher Mitsprache und Entscheidungsmacht. Im Bezirk können die Bürger*innen sich viel einfacher einbringen als auf Landesebene. Wir stärken die BVV als Ort der demokratischen Beteiligung vor Ort. Wir wollen ein politisches Bezirksamt, das von der Mehrheit der BVV gewählt wird, mit einer klaren Trennung zwischen Regierung und Opposition, damit demokratische Verantwortung sichtbar und nachvollziehbar wird.

Strukturen stärken: Beteiligung darf dabei weder vom Geldbeutel noch von den Sprachkenntnissen abhängen. Daher setzen wir uns für mehrsprachige, niedrigschwellige Beteiligungsangebote und eine proaktive Informationspolitik ein. Wir wollen, dass das Bezirksamt über jedes größere Bauvorhaben die Nachbarschaft proaktiv informiert und an den Planungsprozessen weit über das gesetzliche Mindestmaß hinaus beteiligt.

Verwaltung modern, zugänglich und transparent gestalten

Aufgaben rekommunalisieren: Öffentliche Aufgaben gehören in öffentliche Verantwortung. Wir wollen ausgelagerte Leistungen wie Reinigung, Grünflächenpflege oder Gebäudemanagement schrittweise rekommunalisieren. Das stärkt Qualität, Kontrolle, Transparenz und gute Arbeitsbedingungen – und macht den Bezirk unabhängiger von externen Dienstleistern. Am Ende wird dies auch für den Bezirk günstiger sein, da niemand an der öffentlichen Leistung mehr Gewinn erwirtschaften will.

Verwaltung digitalisieren: Wir treiben die Digitalisierung der Bezirksverwaltung konsequent voran – nutzerfreundlich, souverän, datensparsam und barrierefrei. Da es keine Frage des Geldes oder der Sprachkenntnisse sein darf, ob jemand eine bezirkliche Leistung erhält, werden wir uns für eine bürgernahe und zugängliche Verwaltung einsetzen. Informationen und Dienstleistungen sollen mehrsprachig, einfach verständlich und online wie offline erreichbar sein. Unser Ziel ist die einmalige Datenabfrage nach dem Prinzip once-only: Bürgerinnen sollen ihre Daten nur einmal angeben müssen, nicht bei jeder Stelle erneut. Dabei sichern wir durch hohe Datenschutzstandards, dass die Bürgerinnen über ihre Daten bestimmen können. Auch die große Weltpolitik hat Auswirkungen auf unseren Bezirk – daher wollen wir auch in der Verwaltung unabhängiger von großen Tech-Konzernen werden.

Transparenz zum Standard machen: Politische Entscheidungen müssen nachvollziehbar sein. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Gutachten, Einschätzungen von Expertinnen und relevanten Entscheidungsgrundlagen der Bezirkspolitik grundsätzlich öffentlich zugänglich gemacht werden. Transparenz ist kein Zusatz, sondern Voraussetzung demokratischer Legitimation. Denn die Verwaltung arbeitet auf Kosten der Bürgerinnen für die Bürger*innen.

Finanzierung fair regeln: Wir fordern ein neues Bezirksfinanzierungsgesetz, das die Eingriffe des Senats in die Bezirksbudgets klar begrenzt. Das mit der Verwaltungsreform eingeführte Konnexitätsprinzip muss tatsächlich umgesetzt werden, sodass für neue Aufgaben auch die Ressourcen bereitgestellt werden. Der Bezirk braucht Planungssicherheit, um handlungsfähig zu sein. Wir lehnen daher Sonderprogramme und Sondertöpfe ab und wollen eine auskömmliche Finanzierung der Bezirke. Der Globalhaushalt des Bezirks muss wieder ausreichen, um eigene politische Schwerpunkte setzen zu können. Gleichzeitig setzen wir auf nachhaltige und faire Beschaffung in der Verwaltung – mit einem klaren Fokus auf Bio-, Fair-Trade- und regionale Produkte. Der Bezirk soll ein noch attraktiver Arbeitgeber werden. Um den Wettbewerb um die besten Köpfe für die Verwaltung fair zu gestalten, wollen wir einheitliche Stellenbewertungen für Bezirks- wie Landesebene.

5. Wirkung für den Bezirk

Unsere Politik macht Demokratie im Alltag erfahrbar – im Amt, im Kiez und in der Nachbarschaft.

- Mehr Vertrauen bedeutet: Entscheidungen werden nachvollziehbarer, Gutachten zugänglicher, und Transparenz wird zum Standard.
- Mehr Beteiligung bedeutet: Menschen können einfacher mitmachen – unabhängig von Sprache oder Ressourcen – und werden proaktiv informiert.
- Mehr Handlungsfähigkeit bedeutet: Verwaltung wird moderner, digitaler und barriereärmer, damit Leistungen schneller bei den Menschen ankommen.
- Mehr öffentliche Verantwortung bedeutet: Wichtige Aufgaben werden schrittweise zurück in öffentliche Hand geholt, um Qualität und Kontrolle zu sichern.
- Mehr Planungssicherheit bedeutet: Faire Bezirksfinanzen stärken den Bezirk langfristig und machen politische Prioritäten umsetzbar.

6. Unser Auftrag: Demokratie stärken

Kompetenzen klären. Wir setzen uns für eine klare Kompetenzverteilung zwischen Land und Bezirken ein und stärken die BVV als Ort demokratischer Entscheidungen.

Beteiligung ermöglichen. Beteiligung darf nicht vom Geldbeutel oder von Sprachkenntnissen abhängen. Wir bauen mehrsprachige, niedrigschwellige Beteiligungsangebote aus und informieren proaktiv über größere Vorhaben.

Aufgaben rekommunalisieren. Öffentliche Aufgaben gehören in öffentliche Verantwortung. Wir holen ausgelagerte Leistungen schrittweise zurück, um Qualität, Kontrolle und gute Arbeitsbedingungen zu sichern.

Verwaltung digitalisieren. Wir treiben nutzerfreundliche, barrierefreie und datensparsame Digitalisierung voran und setzen auf einmalige Datenabfrage nach dem once-only-Prinzip.

Transparenz zum Standard machen. Gutachten, Expertisen und Entscheidungsgrundlagen sollen grundsätzlich öffentlich zugänglich sein.

Finanzierung fair regeln. Wir fordern ein neues Bezirksfinanzierungsgesetz, das Eingriffe des Senats begrenzt und echte Planungssicherheit schafft.

Volksentscheide ernst nehmen. Wenn die Bürger*innen entscheiden, ist es die Aufgabe der Politik, umzusetzen. Wir bekennen uns klar zur Einhaltung von direktdemokratisch getroffenen Entscheidungen, sei es zum Erhalt des Tempelhofer Felds oder zur Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne. Das gilt genauso für die Volksentscheide zu Berlin autofrei und Berlin werbefrei, wenn die Berliner*innen sie wollen!